

Schwarzenbach geht uns alle an! Gedanken zu einer vielstimmigen, antirassistischen Erinnerungspolitik / Rohit Jain

veröffentlicht in: dos Santos Pinto, Jovita; Ohene-Nyako Pamela et al. (Hrsg.) (2022): *Un/Doing Race. Rassifizierung in der Schweiz*, Seismo: Zürich, 309 – 329.

The fact that we are here and that I speak these words is an attempt to break the silence and bridge some of these differences between us, for it is not difference which immobilizes us, but silence. And there are so many silences to be broken.

Audre Lorde, The Cancer Journals

Vor einiger Zeit fragte ich meine Mutter, was sie am 7. Juni 1970 gemacht hatte. Stirnrunzelnd meinte sie, dass sie und mein Vater Radio hörten, um das Resultat der Schwarzenbach-Initiative zu erfahren. Mit dieser Initiative wollten die „Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat“ und ihr Anführer James Schwarzenbach den Ausländeranteil in der Schweiz von 17% auf 10% reduzieren. Ich stelle mir vor, wie Millionen von Menschen in der Schweiz an den Radio- oder Fernsehgeräten sass. Davon mehrere Hunderttausend – so wie auch meine Eltern – mit der Ungewissheit, ob sie und ihre Familien im Land würden bleiben können oder gehen müssen. Mit 54% der Stimmen wurde die Initiative knapp abgelehnt.¹ Ich weiss nicht, was mich stärker erschauern lässt: Die Ohnmacht der einen, weil sie existenziell dem Urteil anderer ausgeliefert waren. Oder die Anmassung dieser anderen, ein solches Urteil fällen zu können. Obwohl die Initiative abgelehnt wurde, war sie eine Machtdemonstration sondergleichen und zeitigte Ihre Wirkung. Es war klar, wer Herr im Hause war!

Die erinnerungspolitischen Auswirkungen, die die Initiative und das „Gastarbeiterregime“² auf die knapp eine Million Ausländer*innen und die Schweiz hatte, sind bis heute weitgehend unerforscht und politisch unbewältigt geblieben (Vecchio 2020; Falk et al. 2022). Eine Seconda³ hat mir erzählt, dass ihre Mutter bis zu ihrem Tod bitter über die Heuchelei der „Schweizer“ schimpfte, die den Rassismus der 1960er und 1970er Jahre so schnell vergassen, um dann die Italianità, den italienischen Lifestyle, zu bejubeln. Andere Second@s brachten es nicht über sich, sich einbürgern zu lassen, weil sie sich erinnerten, wie sie nicht in Geschäfte eingelassen wurden und auf der Strasse angespuckt oder verprügelt wurden. Und dann gibt es Second@s, die sich als Kinder zum Teil jahrelange vor Behörden und Nachbarn verstecken mussten, weil der Familiennachzug verboten war (Frigerio 2014, De Martin 2018). Mehr oder weniger alleine mussten sie dieses Schicksal bewältigen, weil die Eltern sich schämten und noch schämen, darüber zu sprechen und weder Gesellschaft noch Politik sich verantwortlich fühl(t)en. Und immer wieder hallt in diesen Geschichten nach: „’Sie’ haben sich nie entschuldigt“.

2020 machten Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften sowie die Eidgenössische Migrationskommission EKM auf den 50. Jahrestag der Ablehnung der

¹ Es handelte sich dabei nur um die Stimmen Schweizer Männer, da das Stimmrecht für Frauen erst 1971 in der Schweiz eingeführt wurde.

² Ich hebe „Gastarbeiterregime“ mit Anführungszeichen hervor, da dies nicht einen analytischen, sondern einen machtvollen, technokratischen Begriff für ein System darstellt, in dem Menschen rassifiziert wurden – und nicht primär als „Gäste“ behandelt wurden.

³ Italienische Migrant*innen prägten den Begriff <Secondo/Seconda>, um ihre Kinder zu bezeichnen. Ab den 1990er Jahren wurde Second@ zu einer selbstbewussten subkulturellen Selbstbezeichnung von Angehörigen der 2. Generation, unabhängig von ihrer Herkunft (das Zeichen <@> verbindet die weibliche und männliche Form, wie in Spanien und Italien verbreitet). Ab den 2000er Jahren politisierten verschiedene Organisationen wie Netzwerk Secondo oder Second@s+ den Begriff, um die Selbstrepräsentation und die Rechte von Second@s zu stärken, namentlich ihre erleichterte Einbürgerung.

Schwarzenbach-Initiative aufmerksam. Interviews mit Fachleuten und Zeitzeug*innen, journalistische Einordnungen und Archivbilder beleuchten die wirtschaftliche Ausbeutung, das Leben von Zehntausenden in Baracken, den verbotenen Familiennachzug, grenzsanitarische Untersuchungen und den alltäglichen Rassismus (Maiolino 2020). In den Berichten wurde zurecht betont, dass Schwarzenbach einer der ersten rechtspopulistischen Medienstars Europas war und die rhetorische Blaupause für den fremdenfeindlichen Kurs der Schweizerischen Volkspartei (SVP) vorgelegt hatte (Eidgenössische Migrationskommission 2020; Skenderovic in Zehnder 2020).

Trotzdem stellen sich angesichts der öffentlichen Erinnerung auch einige Fragen. Neben der Schwarzenbach-Initiative wurde 2020 auch dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht oder dem Beginn der Zürcher „80er Bewegung“ in Zürich. Und 2021 stehen schon neue Jubiläen und Gedenktage an, wie etwa 50 Jahre Frauenstimmrecht. Kann es bei dieser Flut von Jubiläen um mehr gehen als um eine öffentliche Schnellbleiche in Geschichte oder gar um eine selbstgerechte Feier einer „besseren“ Gegenwart? Wird dadurch historisches Unrecht, das unter uns weiterwirkt, tatsächlich anerkannt und aufgearbeitet? Werden dadurch Weichen gestellt, dass sich dieses Unrecht nicht wiederholt, und stattdessen ein gesellschaftlicher Neuanfang angestossen?

Die Erinnerung an die Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative hatte im Sommer 2020 eine besondere Bedeutung gewonnen durch die welt- und schweizweiten Black Lives Matter-Protteste. Genauso wenig wie die historische Ungerechtigkeit im „Gastarbeiterregime“ hat die offizielle Schweiz ihre koloniale Komplizität jemals politisch anerkannt, geschweige denn aufgearbeitet. Dank der postkolonialen Forschung und dem antirassistischen Aktivismus der letzten Jahre, haben Teile der Gesellschaft begonnen, ihre postkoloniale Verantwortung der Schweiz anzuerkennen. Jedoch bleibt die Politik aktiv ignorant und verharret auf der Position, dass die Schweiz als Staat nie Kolonien besessen hat. Die Statuen von David de Pury in Neuchâtel oder Alfred Escher vor dem Zürcher Hauptbahnhof deuten dabei nur ansatzweise darauf hin, wie Schweizer Industrie, Handel, Staat und Gesellschaft vom Kolonialismus profitiert hatten und es bis heute tun. Und auch die Folgen von Völkerschauen, Massenwerbungen für Kolonialwaren, pseudowissenschaftlichen Forschungen über „Rassen“ sind bis heute greifbar und die damit verbreiteten Stereotypen und Alltagsrassismen wirken weiter etwa in Kinder- und Schulbüchern, in den Medien und an der Fasnacht (Purtschert et al. 2012). Dies alles sowie Racial Profiling (Wa Baile et al. 2019), Diskriminierung bei der Lehrstellensuche (OECD 2015) sowie ein exklusives Asylsystem, das Geflüchtete und Sans-Papiers systematisch in die unteren Gefilde eines segregierten Arbeitsmarkts kanalisiert, prägen die Schweiz weiterhin als „weisse“ Dominanzgesellschaft.

Trotz der Black Lives Matter-Protteste und der Erinnerung an die Schwarzenbach-Initiative sowie des „Gastarbeiterregimes“ sind von Gesellschaft oder Politik jedoch kaum Visionen entstanden, wie sich die Schweiz als postkoloniale und postmigrantische Gesellschaft (an)erkennen und konstituieren könnte (INES 2021). Wie könnte das Gedenkjahr an die Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative vor dem Hintergrund der Black Lives Matter-Protteste genutzt werden, um eine gesellschaftliche Aufarbeitung von historischem Unrecht und eines vielfältigen helvetischen Rassismus anzustossen? Und wie könnte sich eine solche Erinnerungspolitik rund um das „Gastarbeiterregime“ produktiv verknüpfen mit den vielstimmigen antirassistischen Kämpfen von heute? Oder anders formuliert, wie können wir eine „andere“ Zukunft erinnern?

2. Multidirektionales Erinnern als Widerstand gegen einen helvetischen Rassismus

Das Zusammentreffen des Schwarzenbach-Gedenkjahres mit der Forderung von BLM, koloniale Denkmäler vom Sockel zu stossen, machte deutlich, wie Erinnerungspolitik, Rassismus und gesellschaftliche Transformation in der Schweiz zusammenhängen. Die Frage nach einem gesellschaftlichen Neuanfang ist dabei gekoppelt an die Frage, wie eine geltende Geschichtsschreibung bestimmte gesellschaftspolitische Kämpfe und Debatten in der Gegenwart ermöglicht oder verhindert, wie sie gewisse Subjekte als historische Akteur*innen sichtbar macht oder nicht. Der haitianisch-amerikanische Anthropologe Michel Rolphe Trouillot schreibt im geschichtstheoretischen Klassiker „Silencing the Past“ luzide: „*Any historical narrative is a particular bundle of silences, result of a unique process, and the operation required to deconstruct these silences will vary accordingly*“ (1995:27). Was meint er damit? Da Menschen historische Akteur*innen und Erzähler*innen sind, finden in spezifischen historischen Momenten soziale Prozesse (Ereignisse, Kämpfe, etc.) statt, über die gleichzeitig Erzählungen entwickelt werden. Je nach Machtverhältnisse und Kontrolle über die diskursiven Mittel wird die hegemoniale Geschichtsschreibung die einen oder anderen Ereignisse ins Zentrum ihrer Erzählung stellen und andere auslassen. Um das Schweigen in der historisch gewachsenen Geschichtsschreibung hörbar zu machen, schlägt Trouillot eine kritische Erinnerungspolitik vor, die die Produktion von Erzählen und Schweigen in der Vergangenheit als umkämpften Prozess in der Gegenwart untersucht. Der deutsch-griechische Autor Mark Terkessidis macht dabei eine wichtige Verbindung zwischen Erinnerungspolitik und der demokratischen Fundierung einer Gesellschaft: „*Das Auftauchen von Erinnerung hat immer auch etwas mit Zugehörigkeit zu tun. Die eigene Erinnerung artikulieren, ins Spiel bringen, zum Einsatz machen, zur Beschwerde nutzen, kann nur, wessen Zugehörigkeit zum Gemeinwesen nicht zur Disposition steht*“ (Terkessidis 2019). Oder umgekehrt formuliert, bedeutet dies, dass ein demokratisches Gemeinwesen, die Erinnerung all derjenigen öffentlich verhandeln muss, die es als seinen Teil anerkennt. Die Frage muss demnach lauten: *Wessen Erinnerung zählt? Wer gehört zur Schweiz? Und wer bestimmt darüber?*

Die Herausforderung für eine antirassistische Erinnerungspolitik in der Schweiz erwächst dabei aus den spezifischen Bedingungen eines *helvetischen* Staatsrassismus. Als Staatsrassismus bezeichnete der französische Philosoph Michel Foucault eine Form des modernen, biopolitischen Regierens durch staatliche *und* gesellschaftliche Institutionen, die sich durch die „Vereinnahmung des Lebens durch die Macht“ auszeichnet; und zwar in dem Sinne als sie Körper und Bevölkerungen gemäss einer konstruierten und umkämpften nationalen Norm zu formen und zu nutzen sucht, und dazu unpassende, undefinierbare „Fremde“ umerzieht, assimiliert oder aussondert (Foucault 1999). Hierzu möchte ich zwei Thesen verfolgen, die den spezifisch helvetischen Staatsrassismus beschreiben und die aktuellen Bedingungen für eine antirassistische Erinnerungspolitik darlegen: die erste betrifft die vielen historischen Gesichter des Rassismus in der Schweiz; die zweite die immer wiederkehrende Unsichtbarmachung und Leugnung von Rassismus in der Schweizer Geschichte und ihrer Geschichtsschreibung.

1. Historische Prozesse: Ich möchte argumentieren, dass sich im helvetischen Staatsrassismus antiziganistische, antimigrantische, koloniale, antisemitische und antimuslimische Dispositive in einem historisch-dynamischen Netzwerk ergänzen und überlappen (Falk 2011, Jain 2019a). So lässt sich das heutige Racial Profiling, das mittels Datenbanken des Schengen-Dublin-System stattfindet, auf antiziganistische Register und Grenzkontrollen ab Mitte des 19. Jahrhunderts zurückführen, als die Schweiz eine der ersten europäischen Gesetzgebungen einführte, um Fahrende sesshaft zu machen oder des Landes zu verweisen. Die Einführung der antimigrantische Fremdenabwehr ab 1917 war wiederum geprägt von der Angst, Ausländer nicht an eine „Schweizer Eigenart“ assimilieren zu können; eine Angst, die sich in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg in eine tödliche, antisemitische Paranoia steigerte. Im „Gastarbeiterregime“ der Nachkriegszeit wurde diese

institutionelle Paranoia weitergetrieben, als südeuropäische Ausländer*innen und ihre Familien im sogenannten Rotationsmodell mit rechtlichen und bürokratischen Hürden gehindert werden sollten, sich im Land niederzulassen. Diese Dispositive des „Eigenen“ und des „Anderen“ wären wiederum nicht möglich gewesen, wenn sich die Schweiz nicht durch Handel, Mission, Forschung, Politik, Kultur und Bildung in die koloniale Expansion Europas eingeschrieben hätte, um sich als moderne, bürgerliche Nation in ihrem zivilisierten Fortschritt von nicht-weissen „Barbaren“ abzuheben – die je nach Kontext als Fahrende, Jüd*innen, südeuropäische „Gastarbeiter*innen“, Muslim*innen oder Schwarze Menschen identifiziert wurden. Diese vielfältigen Dispositive scheinen dabei weniger um einen expliziten, kriegerischen und leidenschaftlichen Rassismus angeordnet zu sein wie in ehemaligen imperialen europäischen Mächten. Der helvetische Staatsrassismus scheint eher wirksam als loses, aber konsistentes Netzwerk von diskursiven Logiken und biopolitischen Technologien in der Polizei- und Verwaltungsarbeit, in der Gesetzgebung, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Massenkultur. Diese artikulieren sich in flexiblen historischen Assemblagen gemäss „Rasse“, Ethnizität, Klasse, Geschlecht oder Religion, und dienen dazu, Wohlstand, Identität und Legitimität des „weissen“, bürgerlichen und patriarchalen Projektes der Schweiz zu schaffen und zu sichern.

2. Historische *Erzählungen*: Die Wirksamkeit dieses flexiblen helvetischen Staatsrassismus ist eng verschränkt mit der Frage der hegemonialen Erzählung und Repräsentation der eigenen Geschichte, insbesondere mit der darin wirksamen Unsichtbarkeit von „Rasse“/race, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde argumentiert, dass Staat und Gesellschaft in der Schweiz schnell die Forderungen der UNESCO-Erklärung zu »Rasse« (1951) übernahmen, dass keine biologischen „Rassen“ existieren und sich dadurch ein „Rassismus ohne Rassen“ verankerte (Boulila 2018, Michel 2020). Rassistische Diskurse, die sich nun um die Vorstellung von homogenen „Kultur“ arrangierten, wurden in der Schweiz besonders virulent, wie sich namentlich in der Migrationspolitik zeigt (siehe Artikel Lüthi/Skenderovic in diesem Band). Diese „Stille um Rasse“ (Lentin 2008) und die gleichzeitige staatspolitische Neudefinition als neutrale, humanitäre Schweiz wirkte als aktive geschichtspolitische Amnesie: Sie erlaubte, die eigene Rolle in der moralisch-politischen Auseinandersetzung um eine Neuordnung der Welt nach Holocaust und Dekolonisierung zu leugnen – und die Frage von Schuld und Verantwortung vorerst (!) aufzuschieben. Der Wille, ja der Reflex, die eigene „weisse Unschuld“ (Wekker 2016) zu bewahren und dadurch strukturellen Rassismus bewusst oder unbewusst unkenntlich zu machen, zieht sich wie ein roter Faden durch die politisch-moralische Kultur der Nachkriegsschweiz; der Widerstand gegen die Aufarbeitung der Nazi-Kollaboration in den 1990er Jahren oder die Schliessung der Archive der Beziehung Schweiz–Südafrika einige Jahre später sind nur die offensichtlichsten Ausprägungen.

Wie ist es also unter diesen widrigen Bedingungen möglich, die sehr unterschiedlichen und doch verbundenen Geschichten von Rassismus und Widerstandsformen dagegen, gemeinsam, zu erinnern, aufzuarbeiten und anzuerkennen? Der Literaturwissenschaftler Michael Rothberg hat in seinen Arbeiten rund um Holocaust und Kolonialismus argumentiert, dass räumliche, zeitliche, politische und historische Verbindungen zwischen unterschiedlichen Unterdrückungs-, Widerstands und Erinnerungsformen existieren. Er erinnert etwa daran, dass ab den 1950er Jahren, kurz nach dem Holocaust und im Zuge der Dekolonisierung, Diskurse entstanden, die Sklaverei, Kolonialismus und Holocaust in Verbindung zu bringen versuchten: Fast gleichzeitig versuchten Hannah Arendt und Aimé Césaire die Gewalt des Holocaust als Folge des europäischen Kolonialismus zu verstehen (Arendt 1986[1951], Césaire 2017[1950]). Und W.E.B. DuBois zog nach dem Besuch des zerstörten Warschauer Ghettos Parallelen zwischen dem Rassismus gegenüber Afroamerikaner*innen und dem Antisemitismus der Nazis (DuBois 1949). Diese Geschichten zusammen zu denken und zu erinnern, machen nicht nur die globalhistorischen Prozesse sichtbar, in denen koloniale Praxen, Institutionen, Affekte und Diskurse wirksam waren, sondern auch den transnationalen Widerstand dagegen. Mark

Terkessidis wendet diesen Ansatz auf die erinnerungspolitischen Debatten in Deutschland an, wo neben der etablierten Gedächtnispolitik um den Holocaust in den letzten Jahrzehnten auch eine Aufarbeitung des historischen Unrechts im Kolonialismus und im "Gastarbeiterregime" eingefordert werden (Terkessidis 2019). Der Kampf um die Anerkennung des Genozid an Nama und Herero im heutigen Namibia sowie um die Aufarbeitung des NSU-Komplexes, aber auch der Widerstand gegen den erstarkende Antisemitismus erfordern eine vielstimmiges, antirassistisches Bewusstsein und Handeln statt einer identitätspolitischen und moralischen Konkurrenz zwischen verschiedenen Gemeinschaften.

Im Folgenden möchte ich diskutieren, wie historische Prozesse des politischen Ausschlusses mit einer aktiven Amnesie zusammenhängen, und dadurch Wohlstand, Identität und Legitimation für die Dominanzgesellschaft nachhaltig zu sichern vermögen.

3. Schwarzenbach und ein postkolonialer Blick auf das Schweizer "Gastarbeiterregime"

Dass James Schwarzenbach der berüchtigten Initiative den Namen verlieh, ist eigentlich ein Etikettenschwindel. Als der Rechtsintellektuelle aus gutem Hause 1968 angefragt wurde, für die „Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat“ für den Nationalrat zu kandidieren, sah er die Chance zu öffentlichem Ansehen und griff zu. Er verpackte eine bestehende Initiative neu und vertrat diese in Hunderten von Anlässen und Medienauftritten – was die Verbindung seiner Person mit der Initiative begründete (Buomberger 2004, Drews 2005, Garufo/Maire 2013, Skenderovic 2014). Und trotzdem mutet Schwarzenbachs plötzliche Präsenz Ende der 1960er Jahre wie eine Heimsuchung aus früheren Zeiten an.

Der erzkonservative Journalist stammte aus einer Zürcher Industriellenfamilie, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch Seidenfabrikation in der Schweiz, Italien und den USA zum umsatzstärksten Textilkonzern der Welt aufstieg. Angeekelt vom liberalen, kapitalistischen Geist Zürichs suchte Schwarzenbach in der Zwischenkriegszeit Anschluss an die Frontisten, konvertierte zum Katholizismus und liess sich vom Freiburger Professor Gonzague de Reynolds unter die Fittiche nehmen, der seinerseits eine Rückkehr in den Ständestaat des Ancien Régimes anstrebte. Während der 1950er Jahre hatte sich James Schwarzenbach erfolglos als Verleger und Journalist in rechtskatholischen und antikommunistischen Netzwerken versucht. Mit der Initiative schien er endlich eine Möglichkeit zu haben, sein ideologisches Ressentiment gegenüber der liberalen Elite auszuleben, masslos "Gastarbeiter*innen" zu rekrutieren und dadurch Volk und Heimat sorglos zu zerstören. Und tatsächlich entfachte die rechtspopulistische Rhetorik eine offen rassistische Stimmung gegenüber Migrant*innen.

Nichtsdestotrotz war die Schwarzenbach-Initiative nur die Spitze des Eisbergs. Die eigentliche – strukturelle – Gewalt hinter der Initiative bestand im „Gastarbeiterregime“, in dem ab 1948 italienische und weitere südeuropäische Migrant*innen rekrutiert wurden. Darin manifestierte sich der politische Konsens von Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften, dass ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt werden sollten, um die Konjunktur anzukurbeln. Sie sollten sich jedoch nicht niederlassen, da sie der „nationalen Eigenart“ der Schweiz nicht entsprechen. Diese vielfältige rassistische Prämisse hatte ihre Ursprünge in einem Diskurs über die sogenannte „Überfremdung“ vor dem Ersten Weltkrieg (Kury 2003). 1915 schrieb der Berner Staatsrechtler Walter Burckhardt mitten im ersten Weltkrieg beispielhaft: *„Man wird es vielleicht später als einen Fehler einsehen, nicht mehr Gewicht auf die Erhaltung unserer Rasse gelegt zu haben. [...] Man braucht sich nicht einzubilden, der eigene Volksschlag sei der beste und verdiene a priori den Vorzug vor den anderen, und kann es doch berechtigt finden, dass jeder Volksstamm sich selbst bleiben wolle, d.h. sich fremde Rassen*

fernhalte, solange er sich als lebenskräftig erweist; es sollte jedenfalls nicht dem Spiel des Zufalles überlassen werden, ob sich heute Hunderte und Tausende von Polen, morgen ebenso viele Russen oder Juden, und übermorgen vielleicht Chinesen und Malayen ansiedeln“ (zit. nach Jain 2018:82).

Die Überfremdungsdebatten dieser Zeit fanden in einem immensen globalen Strukturwandel statt. Viele Schweizer Unternehmen stiegen angesichts der beschleunigten Industrialisierung zu globalen Playern auf – so auch der Schwarzenbach-Konzern. In Fabriken der Schwarzenbachs rund um den Zürichsee wurden Millionen von Metern von Seide jährlich produziert und von dort in die ganze Welt verkauft und die Luxusgüter wurden vom kolonialen und metropolitanen Bürgertum weltweit als Statussymbol geschätzt. Und tatsächlich wäre die Schweizer Industrialisierung ohne koloniale Verflechtungen nicht denkbar. Der grösste Teil der Textilproduktion, die die Industrialisierung antrieb, war auf Baumwolle angewiesen, die auf Plantagen in den Amerikas oder später in Indien basierend auf Sklavenarbeit, Leibeigenschaft oder anderen ausbeuterischen und rassifizierenden Arbeitsregimen produziert wurde. Die Winterthurer Firma Gebrüder Volkart war eine der grössten Handelsfirmen der Welt und Marktleader im Baumwollgeschäft (Dejung 2013; Haller 2019). Die grossen Häuser der weltbekannten Schweizer Maschinenindustrie wie Georg Fischer oder Rieter produzierten Web- und Spinnereimaschinen, die in der Schweiz in der Textilproduktion eingesetzt und weltweit vertrieben wurden. Die Chemieunternehmen Ciba und Geigy stellten Farben her, um Garn oder Tuch zu färben. Der Aufbau des Eisenbahnnetzes und der Eisenbahnflotte erlaubte, die Güter zeitnah zu liefern. Die Banken wiederum lieferten mit internationalen Finanzgeschäften das Kapital dafür. Während Industrie und Handel zwar weiterhin auf koloniale Rohstoffe und Absatzmärkte angewiesen waren, stieg zum Anderen mit der zunehmenden Industriegüterproduktion und dem notwendigen Bau von Infrastruktur die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Schweiz. Da grosse verarmte Bevölkerungsteile aus bäuerlich geprägten Schweizer Gebieten ihr Glück in der „Neuen Welt“ als (koloniale!) Siedler suchten, wurden ausländische Arbeiter*innen namentlich aus Norditalien, aber auch aus dem Elsass und aus Süddeutschland für Fabriken und Bau rekrutiert. So wurde der Gotthardtunnel, das Symbol Schweizer Modernisierung und Ingenieurskunst schlechthin, grösstenteils von italienischen Arbeiter*innen gebaut (Skenderovic 2016). Und der Gründervater und Wirtschaftspionier dieser Zeit, Alfred Escher hatte nicht unbeträchtliche seines Investitionskapital aus der Sklavenplantage seines Vaters in Kuba bezogen. Die Modernisierung der Schweiz bedingte also, die Sklaven- und Plantagenwirtschaft in den Kolonien mit der Ausbeutung migrantischer Arbeit in den Fabriken und Baustellen im Inland zu verbinden (Beckert 2014). Auch wenn die Verbindungen von kolonialer Komplizität der Schweiz und dem entstehenden “Gastarbeiterregime” empirisch noch wenig erforscht sind, lässt auch schweizerische (und ab dem Zweiten Weltkrieg auch das europäische) Migrationsregime getrost als neues Kapitel in der langen Verflechtungsgeschichte von Kapitalismus und Rassismus einordnen. Migration entwickelte sich im Europa des 20. Jahrhunderts zu einer zentralen Konfiguration rassistischer Bevölkerungspolitik und der Arbeitsausbeutung, während im 18. und 19. Jahrhundert noch Plantagen- und Fabrikwirtschaft die grundlegenden Akkumulationsregime darstellten.

Bis um 1900 lebten Hunderttausende Ausländer*innen in der Schweiz und während einige Politiker und Beamte eine nationale Einbürgerungsoffensive forderten, um das demokratische Ungleichgewicht auszugleichen, machten die berüchtigten Pogrome gegen Italiener*innen in Bern (1893) und Zürich (1896) den gleichzeitigen Rassismus deutlich. Innerhalb von wenigen Jahren wandelte sich der Überfremdungsdiskurs in ein System der Fremdenabwehr (Kury 2003, Jain 2018): 1917 wurde die eidgenössische Fremdenpolizei gegründet und 1931 das Ausländer und Niederlassungsgesetz ANAG erlassen, nach dem Aufenthalt und Niederlassung bewilligungspflichtig wurden und Einwanderungswillige gezielt nach ethnischen Kriterien beurteilt wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das implizit rassistische System im Zusammenspiel mit dem Willen zum Wirtschaftswachstum in ein striktes „Gastarbeiterregime“ gegossen – und zwar mit sprichwörtlicher Schweizer Präzision. Das „Rotationsmodell“, – dies auch so ein technokratisch-euphemistischer Begriff – sollte dabei sicherstellen, dass die ausländischen Arbeitskräfte sich nicht in der Schweiz niederliessen und schuf dadurch eine spezifische Form der Segregation: Ein komplexes rechtliches Bewilligungssystem – namentlich das berüchtigte Saisonier-Statut – und die räumliche Konzentration der Arbeiter*innen in Baracken und ärmlichen Quartieren fanden eine Entsprechung in den alltäglichen rassistischen Beleidigungen als „Spaghetti-Indianer“, „Gotthard-Tschinggen“, als „unzivilisierte und wilde Fremde“ oder als „braune Söhne des Südens“. In unschöner Erinnerung geblieben sind vielen ehemaligen „Gastarbeiter*innen“ die Schilder wie zum Beispiel „Italiener und Hunde verboten“, die nur zu oft Geschäfte und öffentliche Plätze zierten (Maiolino 2020, Vecchio 2020). Gewisse Analogien zum US-amerikanischen Jim Crow-System, dem Nationalsozialismus oder dem südafrikanischen Apartheidsystem sind augenfällig. Eine besondere Vorarbeit für den Schwarzenbach-Moment leisteten dabei die Gewerkschaften. Sie hatten dem Rotationsmodell zugestimmt, um die Konjunktur anzukurbeln und gleichzeitig einen menschlichen Puffer zu haben, falls diese zusammenbrach. Ab den 1950er Jahre wiesen sie als Erste alarmistisch auf die Gefahr der „Überfremdung“ hin. Diese Politik spiegelte sich auch im Arbeitsalltag wieder, wo sich viele Schweizer Arbeiter mit der Faust im Sack von den Gastarbeitern fernhielten. Eine wirtschaftsliberale Offensive, Aufrufe zur Menschlichkeit und die halbherzige Solidarität der Gewerkschaften schafften es schliesslich, die Schwarzenbach-Initiative knapp zu bodigen. Doch der implizite, strukturelle Rassismus, der im Schweizer „Gastarbeiterregime“ steckte, hatte sein Gesicht offenbart.

4. Sonderfall Schweiz? Blinde Flecken in der helvetischen Erinnerungspolitik und die Folgen bis in die Gegenwart

Die erinnerungspolitische Situation ist tricky: Zum Einen verkörpert Schwarzenbach im kollektiven Unterbewusstsein die monströse Gewalt des „Gastarbeiterregimes“ und seiner kolonialen Verflechtungen. Zum Anderen waren Schwarzenbach und „seine Initiative“ nur die Spitze eines Eisbergs. Er und die Initiative machten lediglich die Widersprüche eines staatsrassistischen Systems sichtbar, in dem „Gastarbeiter*innen“ halfen, Wohlstand für den Schweizer Mittelstand anzuhäufen, aber selbst nicht Teil dieser Gesellschaft werden sollten. Eine Erinnerungspolitik mit Schwarzenbach in der Hauptrolle führt insofern in die Irre, als dass sie die *schon damals* oft geäusserte, falsche Analyse wiederholt, dass der Rechtspopulismus „das Problem“ sei, und nicht die Mitte der Gesellschaft und ihre Institutionen, die das unmenschliche „Gastarbeiterregime“ mittrugen und lediglich den Stil und die Methode von Schwarzenbach in Frage stellten. Mit dem französischen Philosophen Jacques Rancière lässt sich auch für die Schweiz argumentieren, dass in linksliberalen und bürgerlichen Kreisen „Fremdenfeindlichkeit“ oft als Irrationalität des Volkes konstruiert wird, die vom Rechtspopulismus geschürt und ausgenutzt wird (Rancière 2010). Dadurch vergewissere sich die staatstragende Mitte einer kosmopolitischen und sachpolitischen Überlegenheit und entledige sich des Verdachtes eines strukturellen „Staatsrassismus“ in Gesetzgebung, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Der bürgerliche Intellektuelle Max Frisch verkörpert diese Position auf prägnante Weise. Im Vorwort des Buches „Siamo Italiani“ von 1965 hatte er die Wendung geprägt, die sich bis heute tief im kollektiven Bewusstsein als kritische Erinnerung an das „Gastarbeiterregime“ verankert hat: „Wir riefen Arbeiter und es kamen Menschen“. Weniger bekannt sind seine Gedanken aus dem Text „Überfremdung II“: „*Fremdenhass ist natürlich. Er entspringt unter anderem der Angst, dass andere*

in dieser oder andere Richtung begabter sein könnten [...] das weckt Neid, selbst wenn man der bessergestellte ist, und Neid ist erpicht auf Anlässe für Geringschätzung [...] Von ‚Rassenhass‘ in der Schweiz, wie es in den italienischen Zeitungen heisst, würde ich nicht sprechen; Fremdenhass genügt. Das ist keine Ideologie, sondern ein Reflex [...] Dem Ressentiment, dem sie [die Gastarbeiter] vielerorts begegnen, ist natürlich, man spürt noch an den wenig bemittelten und wenig geschulten Söhnen einer grossen Kultur, dass andere uns an Lebensart womöglich überlegen sind; das irritiert“ (cit. nach Vecchio 2020: 177). Es ist anzunehmen, dass bei Frisch der Vergleich zum Apartheid-Regime oder dem Jim Crow-System aus den USA als Vorbild dienten, wenn er von „Rassenhass“ sprach. Vergleiche bezüglich der Wirkungsweisen von unterschiedlichen rassistischen Konfigurationen sind analytisch wichtig und politisch relevant, wie jüngst der Historiker Kijan Espahangizi für den Vergleich zwischen den USA und der Schweiz argumentiert hat (Espahangizi 2020). So war das „Gastarbeiterregime“ trotz der ökonomischen Ausbeutung und der staatsrassistisch, legitimierten und umgesetzten Segregation doch eine grundlegend andere Form der Herrschaft als etwa das Apartheid-Regime oder die Sklaverei. Gleichzeitig waren seit den 1950er Jahren transnationale Debatten über Dekolonisierung und den Umgang mit dem Holocaust in vollen Gange und machten auch vor der Schweiz nicht halt. Bilder der Segregation und Diskriminierung aus den USA und Südafrika, erlaubten Rassismuskritik überhaupt in die Schweiz zu artikulieren. Während ausländische, namentliche italienische Medien oft von Rassismus im Umgang mit ihren Landsleuten in der Schweiz sprachen, nutzen linke Demonstranten mit einem internationalistischen Blick explizit den Vergleich zum Apartheidsystem und zum Nationalsozialismus, um die Gewalt im „Gastarbeiterregimes“ erfassen und anprangern zu können.

X Bild

Frisch jedoch grenzte sich von diesen Versuchen ab, transnationale Logiken des Rassismus und des Widerstandes zu beleuchten und bediente implizit die Erzählung des Sonderfalls Schweiz. Mit dem psychologischen und liberal-humanitären Blick, der im obigen Zitat offenkundig wird, blendete er die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Segregation in der Schweiz rigoros aus. In der Debatte rund um die Schwarzenbach-Initiative scheinen diese Abgrenzungen von den USA und von Südafrika, das geschichtspolitische Narrativ salonfähig gemacht zu haben, das die oben erwähnte „Stille um Rasse“ im Sinne von Lentin herstellt.

Dass Diskriminierungen von Schwarzen Menschen, *People of Color*, Menschen mit Migrationshintergrund und fahrender Lebensformen nichts mit Rassismus zu tun haben, ist in der Schweiz bis heute eine der Grundprämissen der politischen Kultur und des Diskurses über Migration, Minderheiten und Vielfalt. Die liberal-humanitäre Auseinandersetzung um die Schwarzenbach-Initiative, wie sie Max Frisch im öffentlichen Gedächtnis verkörpert ist bis heute aktiv und wiederholt die gleichen blinden Flecken in Bezug auf einen Schweizer Staatsrassismus. Deshalb wird bis heute die politische Dramaturgie, wonach die Wirtschaft, die Linken und die Gewerkschaften gegen die Rechtspopulisten für eine weltoffene und wohlhabende Schweiz kämpfen, bei jeder SVP-Überfremdungs-Initiative wiederholt. Die Wiederholung des Immergleichen hatte zur Folge, dass nach den „Gastarbeiter*innen“ immer wieder neue Minderheiten zum Ziel dieser Maschinerie wurden: Ab den 1980er Jahren wurden aussereuropäische Asylsuchende namentlich aus Sri Lanka oder der Türkei zum Ziel des Apparates, dann in den 1990er Jahren Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, nach 9/11 waren es Menschen, die als Muslim*innen markiert wurden und seither sind es Mittelmeerflüchtlinge aus Südasien, dem Mittleren Osten und vom afrikanischen Kontinent. Etwas bleibt sich dabei in dieser Dramaturgie über die Jahre gleich: „Gastarbeiter*innen“, Ausländer*innen, *People of Color* und Schwarze Menschen sind bis auf einzelne Nebenrollen nur als Statist*innen der politischen Öffentlichkeit vorgesehen.

Mit dieser Narration konnte und kann geflissentlich verdrängt werden, dass die “Gastarbeiter*innen”-Bewegung, namentlich die anarchistischen und kommunistischen Gruppierungen Demokratie einforderten – oder dass gerade italienische Frauen die Frauenrechtsbewegung massgeblich beeinflussten, wie jüngst etwa die Historikerinnen Sarah Bauman und Francesca Falk aufzeigten (Baumann 2014; Falk 2019). Das Comitato Nazionale d’Intesa (CNI), ein Zusammenschluss verschiedener italienischer Gastarbeiterorganisationen, forderte am 5. Mai 1970 in der Zeitschrift „Emigrazione“ von den Schweizer Behörden, „*ernsthafte Bemühungen, um die Inhalte und Garantien einer Einwanderungspolitik zu definieren, die den Immigranten eine effektive und demokratische Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht, damit diese innerhalb des sozialen Lebens dieselbe Rolle ausüben können, die sie schon innerhalb der Arbeitswelt ausüben*“ (cit. nach Maiolino 2011:205). Diese Forderungen und die Demonstrationen, an denen Zehntausende Ausländer*innen auf der Strasse für ihre Rechte protestierten waren eine unvorstellbare Schmach für Schweizer Politik und Gesellschaft und wurden aus der Öffentlichkeit und lange Zeit aus der Schweizer Geschichtsschreibung getilgt. Stattdessen wurde als Reaktion auf die Schwarzenbach-Initiative eine Assimilationspolitik lanciert, das Ausländer*innen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie People of Color anhand graduell rassifizierten Kategorien und Normen als „Andere“ disziplinierte (Jain 2020) – und das durch den Film die „Schweizermacher“ (1978) von Rolf Lyssi im öffentlichen Gedächtnis geblieben ist. Der direkte politische Widerstand der migrantischen Verbände ebte in den 1970er und 1980er einerseits angesichts des Assimilationsdruck und der zunehmenden Ermüdung ab, als 1982 auch die „Mitenand-Initiative“ haushoch abgelehnt wurde (Mailino 2011, Espahangizi 2018). Die konkreten Auswirkungen dieses migrantischen und solidarischen Widerstands – etwa in der Bildungsoffensive für illegalisierte Kindern, in der Reorganisation der Gewerkschaften sowie der Aufbau der bis heute aktiven, migrationspolitischen Organisationen – ist grösstenteils aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden, resp. wurde aktiv vergessen.

5. Fazit: Vielstimmige Erinnerungspolitik gegen das Schweigen und eine „weisse Weste“

„Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga, Ich schreibe Ihnen, Justizministerin dieses Landes, einen offenen Brief mit einem öffentlichen und politischen Anliegen, das sich in meiner persönlichen Geschichte eingeschrieben hat. Diese Geschichte prägt meine Erinnerung, mein Fühlen und Denken und trotzdem habe ich lange eine ehrliche Sprache dafür suchen müssen, weil die öffentliche und politische Schweiz sich bis heute nicht um eine ehrliche Sprache bemüht.“

In einem Brief an die Bundesrätin Simonetta Sommaruga schildert die Historikerin Paola de Martin (2018) das Leid, das während des “Gastarbeiterregimes” durch das Verbot für Familiennachzug für Kinder entstand, die sich illegalisiert in der Schweiz aufhielten und deshalb Zuhause verstecken mussten. Dabei fügen sich zwei Seiten des Schweigens ineinander: Der Familie und den (erwachsenen) Kindern fehl(t)en oft die Erinnerungen und Worte, um die traumatische Leere zu verhandeln. Gleichzeitig erzählt die persönliche Aufarbeitung das aktive Schweigen, Vergessen oder Verdrängen, das in der Öffentlichkeit bis heute vorherrscht. Die Erinnerung an diese und weitere traumatischen Geschichten ist in den ehemaligen Gastarbeiter-Communities oft mit grossen Schmerzen verbunden und wird daher nur zu oft vermieden.

Warum aber interessiert dieses Thema die politische Öffentlichkeit kaum, nachdem die Gewalt an Verdingkindern in den letzten Jahren zurecht staatlich anerkannt wurde? Denn die Situation war kein Geheimnis, wie verschiedene Zeitungsartikel aus dieser Zeit und jüngere Publikationen veranschaulichen (Frigerio 2014; Veccio 2020). Ist das allenfalls so, weil Migrant*innen in der

Schweizer Demokratie keine eigene Lobby haben? Besteht die Angst vor Reparationszahlungen? Oder wird immer noch davon ausgegangen, dass die Eltern illegal gehandelt haben und daher der Staat keine Schuld trägt? Oder würde die Gesellschaft im Fall der Anerkennung des Unrechts an den illegalisierten Saisonier-Kindern auch darauf aufmerksam gemacht, dass heute erneut Kinder wegen staatlicher Politik einen ganzen Lebensabschnitt verlieren, dieses Mal in den Bunkern und Baracken der Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende? Denn wie auch das Verbot des Familiennachzugs dienen auch das Nothilferegime und das Schengen-Dublin-System heute primär dazu, um zu verhindern, dass sich rassifizierte „Andere“ in der Schweiz niederlassen. Die nachweisbare Präzision dieser bürokratischen und ökonomischen Logiken und die Gleichgültigkeit, die sich darin ausgedrückt, ist schockierend und erinnert an Hannah Arendts These der „Banalität des Bösen“ (Arendt 1968). Demnach wäre soziologisch gesprochen nicht ein leidenschaftlicher und expliziter Rassismus die Hauptursache systematischer, moderner Gewalt, sondern auch bürokratische und ökonomische Sachlichkeit, die moralische Empfindungen, Empathie, und Solidarität im Alltag, in der Verwaltung und in Medien unterdrückt. Das Nicht-Ernstnehmen-Wollen oder Abwehren von Kritik in der Gegenwart wäre so gesehen immer auch der Anfang des kollektiven Vergessens.

Neben der wichtigen Widergutmachung des persönlichen Leids, das aus dem „Gastarbeiterregime“ entstand, stellt sich daher auch heute die fundamentale Frage nach der Qualität der Schweizer Demokratie: Die Mechanismen der Amnesie und des politischen Ausschlusses hängen fundamental zusammen. Das Vergessen blendet die lange Geschichte des Ausschlusses aus. Und der Ausschluss vieler „anderer“ Stimmen verhindert eine andere Geschichte. Dieser erinnerungspolitische Blick offenbart die direkte Demokratie als exklusiven Club, der den Mitgliedern viel Mitbestimmung zugesteht, aber umso strenger bei der Einlasskontrolle ist (Jain 2019b). Die „Gastarbeiter*innen“-Bewegung oder die Solidaritätsmärsche der Mitenand-Initiative wie auch die Frauen- und Jugendbewegung beehrten zu dieser Zeit intensiv gegen diese „Tyrannei der Mehrheit“ auf, wobei nur die Frauenbewegung und die 80er-Bewegung einen mehr oder weniger substantziellen Erfolg erzielen konnten. Bis heute verfügen über 25% der Schweizer Bevölkerung wegen einem ausländischen Pass kaum über politische Rechte, da die Schweizer Stimmbevölkerung mit die höchsten Einbürgerungsschranken Europas hat, und die ökonomische, soziale, kulturelle und politische Segregation zieht sich auf unsichtbare Weise weiter. Das aktive Vergessen des historischen Unrechts im „Gastarbeiterregime“ entspricht der gleichen strukturellen Logik wie der Umgang mit der Rolle der Schweiz während des Holocausts und ihrer kolonialen Komplizität. Ich möchte argumentieren, dass sich die Angst – oder gar das Wissen –, etwas Falsches gemacht zu haben, in die politische Kultur als Kampf um eine „weisse Weste“ eingeschrieben hat (Jain 2020). Die Anerkennung historischer Fehler würde nicht nur das Schweizer Wohlstandsmodell, sondern vor allem auch das historische Selbstbild in Frage stellen. Ohne es zu merken, wiederholen wir die Geschichte dadurch immer, statt den Teufelskreis von Schuld und Wiederholung zu durchbrechen.

Die grossen Vordenker*innen einer postfaschistischen oder dekolonialen Politik wie Hannah Arendt, Aimé Césaire, Frantz Fanon oder Alberto Memmi waren überzeugt, dass die Gewalt in die moralischen, sozialen und politischen Beziehungen zwischen „Opfern“ und „Tätern“ eingeschrieben ist – und daher *die Beziehungen* im Zentrum der Aufarbeitung stehen müssen. Eine gesamtgesellschaftliche Erinnerungspolitik betrifft daher nicht nur die „Betroffenen“, im Sinne der „Opfer“, sondern auch die „Täter“ – ohne diese Positionen vorderhand moralisch zu werten. Denn eine Geschichte der Gewalt ist stets ein gesamtgesellschaftliches Trauma, das bei allen Menschen Spuren hinterlassen, wenn auch nicht die gleichen Privilegien, um mit diesen historischen, biographischen Wunden umzugehen. Und insbesondere schlägt sich aktive Verdrängung von Schuld und Erinnerung in den Institutionen und Strukturen einer Gesellschaft nieder, ihren Gesetzen, ihren Lehrplänen, ihren Zeitungen, ihren Theaterstücken. Eine restorative Erinnerungspolitik „von den Rändern“ könnte einen

Prozess anstossen, um die moralischen, affektiven, sozialen und politischen Beziehungen zu reparieren, die in der Schweiz seit langem durch die vielfältig, rassifizierte Unterscheidung von „Wir und die Anderen“ beschädigt sind. Die Anerkennung der Schuld und der Wahrheit eröffnet demnach einen Raum für *reale* Begegnung und die Aktivierung alternativer Archive und Wissensvorräte. Dies beinhaltet stets auch die Möglichkeit des Sich-Entschuldigens, des Verzeihens, des Verlernens von Hierarchien und des Versprechens einer gemeinsamen, wirklich demokratischen Zukunft (Arendt 1958).

Die verbreitete Forderung nach einer staatlichen Wiedergutmachung des Unrechts gegenüber bestimmten Opfergruppen ist zwar moralisch und allenfalls finanziell zentral aber beinhaltet andererseits auch gewisse Tücken. Staatliche Erinnerungs- und Anerkennungspolitik ist, dass sie sich oft auf spezifische „Opfergruppen“ fokussiert. Die Erinnerung von Gewalt und Widerstand für die Betroffenen ist fundamental, um das politische Schweigen zu durchbrechen und sich die Öffentlichkeit und die Geschichte anzueignen, wie die Erinnerung an die Schwarzenbach-Initiative und das „Gastarbeiterregime“ oder die BLM-Demos zeigten. Es ist wichtig, die spezifischen, namentlich kolonialen und Schwarzen Geschichten von rassistischem Ausschluss und Widerstand dagegen in den Blick zu nehmen und anzuerkennen, wie die Historikerin Jovita dos Santos Pinto und die Sozialwissenschaftlerin Stefanie Boulila postulieren (dos Santos Pinto und Boulila 2020). Und es ist wichtig, eine Erinnerung an die Illegalisierung von migrantischen Kindern und ihren Familien und die damit verbunden spezifischen Reparationsforderungen anzuerkennen. Auf paradoxe Weise kann jedoch ein exklusiv-identitätspolitischer Kampf um staatliche und dominanzgesellschaftliche Anerkennung die Gefahr bergen, das Prinzip von „Teilen und Herrschen“ zu wiederholen – das Rassismus prägt und das scheinbare Dilemma der Identitätspolitik überhaupt erst schafft. Die gegenseitige Inspiration durch die Geschichten des Widerstands und die Analysen von Ausschluss, könnte hingegen erst diejenigen affektiven Gemeinschaften und „Politiken der Freundschaft“ entstehen lassen, die sich gegenüber einer imperialen Logik widersetzen können (Gandhi 2006). So formuliert Rothberg einen möglichen Horizont für einen situierten Universalismus: „*Moments of self-assertion coexist with complex acts of solidarity in which historical memories serve as a medium for the creation of new communal and political identities*“ (2009:11). Die rassismuskritischen Aktivierung von institutionellen und lebendigen Archiven ist ein zentraler Schritt dazu, einen Ort zu schaffen, wo eine solche multidirektionale Erinnerungskultur entwickelt werden kann. Der Blick auf laufende erinnerungspolitische Projekte in der Schweiz zeigt das Potential von vielstimmigen, rassismuskritischen Allianzen: „Schwarzenbach Komplex – eine andere Zukunft erinnern“ von [ké*sarà], die Dokumentationsplattform für Schwarze Frauen histnoire.ch, das wandernde, performativ-installative Projekt *Blackbox* von [experitheater](http://experitheater.ch) und lokalen Kollektiven oder das Oral History Projekt zur Schwarzenbach-Initiative an der Universität Bern (Falk et al. 2022) sind ähnlich gelagerte Projekte, die im besten Fall gemeinsame Räume und Diskurse eröffnen sowie situative Kämpfe führen können.⁴

Das Zusammentreffen des Gedenktages der Schwarzenbach-Initiative und der Black Lives Matter-Proteste ist ein Glücksfall.⁵ Es spannt sich ein Bogen eines multidirektionalen, antirassistischen Widerstands, der aus lokalen Bedingungen erwuchs und seine Kraft aus dem politischen Willen der Betroffenen und Alliierten schöpfte. Aber es zeigt auch, dass die offizielle Schweiz wie im Falle der Reformen in Bezug auf das „Gastarbeiterregime“, in der Südafrika-Politik oder bei der Aufarbeitung der Schweizer Rolle im Holocaust, lokalen Widerstand oft erst auf ausländischen Druck wirksam aufzunehmen vermag. Auch die Schweizer Proteste rund um Black Lives Matter sind aus dem

⁴ www.schwarzenbach-komplex.ch; www.histnoire.ch, www.experitheater.ch/blackbox/

⁵ Konsequenterweise hat Patricia Purtschert ausgehend von der feierlichen Erinnerung an die Erkämpfung des Schweizer Frauenstimmrechts vor 50 Jahren breitere, intersektionale Analysen und Allianzen angeregt.

Ausland auf die Schweiz übergeschwappt, wobei sie jedoch auf einen gut vorbereiteten antirassistischen Nährboden gefallen sind, die zum Teil – wissentlich oder nicht – auch auf den Kämpfen gegen das “Gastarbeiterregime” aufbauen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns ehrlich fragen: Existiert in der Schweiz ein erinnerungspolitischer Wille, um sich aus eigener Kraft den Geistern der Vergangenheit zu stellen und einen demokratischen, antirassistischen Neuanfang zu wagen? Und besteht das Potential, um eine restorative und multidirektionale Erinnerungspolitik zu lancieren, ohne dem Pragmatismus der Bürokratie oder dem „Teile und Herrsche“ eines Erinnerungswettbewerbes zu verfallen? Wir erleben einen historischen Moment. Die Frage ist, ob er vergessen oder erinnert wird. Und das liegt an uns allen – und zwar in der Gegenwart.

Literatur

- Arendt, Hannah. 1986[1951]. *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München/Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah. 1986[1968]. *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. München/Zürich: Piper.
- Baumann, Sarah. 2014. *...und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz*. Zürich: Seismo.
- Beckert, Sven. 2014. *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*. München: C. H. Beck.
- Boulila, Stefanie C. 2019. Race and Racial Denial in Switzerland. *Ethnic and Racial Studies* 42(9): 1401–1418.
- Buomberger, Thomas. 2004. *Kampf gegen unerwünschte Fremde: Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*. Zürich: Orell Füssli.
- Césaire, Aimé. 2017[1950]. *Über den Kolonialismus*. Berlin: Alexander Verlag.
- Dejung, Christof. 2013. *Die Fäden des globalen Marktes: Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851-1999*. Köln: Böhlau Verlag.
- De Martin, Paola. 21.9.2018. *Brennende Unschärfe - offener Brief an Bundesrätin Simonetta Sommaruga*, in INES Blog, https://institutneueschweiz.ch/De/Blog/176/De_Martin_Brennende_Unschrfte, (21.3.2021).
- Drews, Isabell. 2005. *Schweizer erwache! Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967-1978)*. Frauenfeld: Huber Frauenfeld Verlag.
- DuBois, W.E.B. 1952. The Negro and the Warsaw Ghetto. *Jewish Life* 6(7): 14/15.
- Eidgenössische Migrationskommission EKM. 2020. *50 Jahre Diskurse über das Fremde - - Eine Chronik zu politischen Initiativen und Gegenentwürfen in der Schweiz*. Bern: EKM, <https://www.ekm.admin.ch/ekm/de/home/aktuell/mm.msg-id-79333.html> (21.3.2020).
- Espahangizi, Kijan. 7.6.2020. Wer waren die N***** Europas? Der 50. Jahrestag der «Schwarzenbach-Initiative gegen Überfremdung» in der Schweiz und die antirassistische Protestbewegung in den USA, in *Geschichte der Gegenwart*, <https://geschichtedergegenwart.ch/wer-waren-die-n-europas-der-50-jahrestag-der-schwarzenbach-initiative-gegen-ueberfremdung-in-der-schweiz-und-die-antirassistische-protestbewegung-in-den-usa/> (21.3.2020).

- Esphangizi, Kijan. 18.10.2018. Ein Civil Rights Movement in der Schweiz? Das vergessene Erbe der Mitenand-Bewegung (1974–1990), in INES Blog, https://www.institutneueschweiz.ch/De/Blog/178/Espahangizi_Mitenand (11.4.2021)
- Falk, Francesca. 2011. *Eine gestische Geschichte der Grenze: Wie der Liberalismus an der Grenze an seine Grenzen kommt*. München: Fink.
- Falk, Francesca. 2019. *Gender Innovation and Migration in Switzerland*. Palgrave/MacMillan (eBook). <https://www.palgrave.com/gp/book/9783030016258> (21.3.2020).
- Falk, Francesca et al. 2022. *Das war der Moment, als ich auf die Barrikaden gestiegen bin – und ich bin noch nicht runter*», Zürich: Limmat Verlag (forthcoming).
- Foucault, Michel. 1999. *In Verteidigung der Gesellschaft: Vorlesungen am Collège de France (1975-76) (herausgegeben von Michaela Ott)*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Frigerio, Marina. 2014. *Verbotene Kinder. Die Kinder der italienischen Saisoniers erzählen von Trennung und Illegalität*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Gandhi, Leela. 2006. *Affective Communities: Anticolonial Thought, Fin-De-Siècle Radicalism, and the Politics of Friendship*. Durham: Duke University Press.
- Garufo Francesco und Christelle Maire. 2013. **L'étranger à l'affiche. Altérité et identité dans l'affiche politique suisse, 1918-2010**. Neuchâtel: Editions Alphil.
- Haller, Lea. 2019. *Transithandel: Geld- und Warenströme im globalen Kapitalismus*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Institut Neue Schweiz INES (Hrsg.). 2021. *Handbuch Neue Schweiz*. Zürich: Diaphanes.
- Jain, Rohit. 2018. *Kosmopolitische Pioniere. Transnationale Subjektivierungsprozesse von „Inder_innen der zweiten Generation“ aus der Schweiz zwischen Assimilation, Exotik und globaler Moderne*. Bielefeld: transcript.
- Jain, Rohit. 2019a. Von der »Zigeunerkartei« zu den „Schweizermachern“ bis Racial Profiling. Ein Essay über einen helvetischen Staatsrassismus. In Mohamed Wa Baile, Serena O. Dankwa, Tarek Naguib, Patricia Purtschert, und Sarah Schilliger, Sarah (Hrsg.), *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand (S. 43-65)*. Bielefeld: transcript.
- Jain, Rohit. 2019b. Wege zu einer postkolonialen Demokratie oder: Die Geister der Vergangenheit lassen sich nicht vertreiben. In Ruth Dellenbach, Beat Ringger und Pascal Zwicky (Hrsg.), *Reclaim Democracy: die Demokratie stärken und weiterentwickeln (S. 48-57)*, Zürich: Edition 8.
- Kury, Patrick. 2003. *Über Fremde reden: Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz, 1900-1945*. Zürich: Chronos.
- Lentin, Alana. 2008. Europe and the Silence About Race. *European Journal of Social Theory* 11(4): 487-503.
- Lorde, Audre. 2020[1980]: *The Cancer Journals*, New York: Random House.
- Maiolino, Angelo. 2011. *Als die Italiener noch Tschinggen waren: Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Maiolino, Angelo. 17.5.2020. Für Hunde und Italiener verboten. SRF, <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/wochenende-gesellschaft/fremdenhass-in-der-schweiz-fuer-hunde-und-italiener-verboden> (21.3.2020).
- Michel Noémi. 2020: Rassismus «ohne Rasse», *Tangram* 44: 44-88.
- OECD. 2015. *Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In*. Paris: OECD Publishing.
- Purtschert, Patricia, Barbara Lüthi, Francesca Falk, Francesca (Hrsg.). 2012. *Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*. Bielefeld: transcript.

- Purtschert, Patricia. März 2021. Swiss Democracy and the Public Humiliation of Woman, in Gender Campus Blog, <https://www.gendercampus.ch/de/blog/post/swiss-democracy-and-the-public-humiliation-of-women?fbclid=IwAR3HUVtSherpG4OjGAtdezYP8V4jGkY2PFGX186f5wgC6jo26BfJ9E3wXNs> (11.4.2021)
- Rancière, Jacques. 2010. Der Rassismus geht von oben aus. *ak - analyse & kritik* 555, https://archiv.akweb.de/ak_s/ak555/17.htm (21.3.2021)
- Rothberg, Michael. 2009. *Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford: Stanford University Press.
- dos Santos Pinto, Jovita und Stephanie Boulila. 23.6.2020. Was Black Lives Matter für die Schweiz bedeutet. Republik, <https://www.republik.ch/2020/06/23/was-black-lives-matter-fuer-die-schweiz-bedeutet> (21.2.2021).
- Skenderovic, Damir. 2014. *Rechtspopulismus in Westeuropa nach 1945: Die Schweiz als Vorläufer und Vorbild*, in: *Revue transatlantique d'études suisses*, 4 (2014): 43-59.
- Skenderovic, Damir. 2016. Gotthard-Mythen und Geschichtspolitik. Kontinuitäten und Gegennarrative. In Boris Previšić (Hg.), *Gotthardfantasien: Eine Blütenlese aus Wissenschaft und Literatur* (S. 226-238). Baden: Hier und Jetzt.
- Terkessidis, Mark. 2019. *Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute*. Berlin: Hoffmann und Campe.
- Trouillot, Michel-Rolph. 1995. *Silencing the Past: Power and the Production of History*. Boston: Beacon Press.
- Vecchio, Concetto. 2020. *Jagt sie Weg! Die Schwarzenbach-Initiative und die italienischen Migranten*. Zürich: Orell Füssli.
- Wa Baile, Mohamed, Serena O. Dankwa, Tarek Naguib, Patricia Purtschert, und Sarah Schilliger, Sarah (Hrsg.). 2019. *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*. Bielefeld: transcript.
- Wekker, Gloria. 2016. *White Innocence : Paradoxes of Colonialism and Race*. Durham: Duke University Press.
- Zehnder, Raphael. 17.5.2020. Das politische Erbe der Schwarzenbach-Initiative. SRF, <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/wochenende-gesellschaft/50-jahre-danach-das-politische-erbe-der-schwarzenbach-initiative> (21.3.2020).

Credits

Ich danke Barbara Lüthi, Kijan Espahangizi, Katharina Morawek, Tarek Naguib, Paola de Martin, Tim Zulauf, Said Adrus, Marie Drath, Jovita dos Santos Pinto, Maria Cecilia-Quadri und Patricia Purtschert für die Feedbacks und Diskussionen, die sich in diesen Überlegungen niedergeschlagen haben. Dieser Text ist eine überarbeitete Version eines Beitrags, der am 26. Juni 2020 auf dem Blog des Instituts Neue Schweiz INES erschienen ist.